S 14 R 3323/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16.
Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Kindererziehungszeiten – Rente wegen

Erwerbsminderung – gewöhnlicher Aufenthalt – Duldung – Flüchtling des

Jugoslawienkrieges - Bosnien-

Herzegowina - Aufenthaltsgleichstellung -

Inlandserzeihung

Leitsätze -

Normenkette SGB VI § 56 Abs. 1 Satz 2

SGB VI § 57 Satz 1

Deutsch-jugoslawisches Abkommen über Soziale Sicherheit Art. 3 Abs. Buchst a

1. Instanz

Aktenzeichen S 14 R 3323/19 Datum 19.11.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 R 870/19 Datum 22.03.2023

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung der KlĤgerin wird das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 19. November 2019 geĤndert.

Die Beklagte wird unter Ã□nderung des Bescheides vom 9. Juni 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. September 2018 verurteilt, der Klägerin für die Zeit vom 1. März 2017 bis 31. August 2018 höhere Erwerbsminderungsrente unter Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten vom 18. Februar 1993 bis 28. Februar 1995, vom 1. Februar 1998 bis 31. Januar 2001

und vom 1. Juli 2004 bis 22. Mai 2006 sowie von Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung vom 18. Februar 1993 bis 22. Mai 2006 zu gewähren.

Â

Die auA

ergerichtlichen Kosten der KlA

gerin im erstinstanzlichen Verfahrens hat die Beklagte zu tragen, im Berufungsverfahren die Beklagte und die Beigeladene jeweils hA

klftig.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Die 1964 geborene Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gerin ist bosnisch-herzegowinische Staatsangeh\(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\) rige und lebte zuletzt in S. Sie reiste Å 1993 mit ihrem am Å 1992 geborenen Sohn A nach Deutschland ein und beantragte â□□wegen der derzeitigen Bürgerkriegssituation in meinem Heimatland vorübergehenden Aufenthalt in Deutschlandâ∏. Das Landeseinwohneramt Berlin â∏ Ausländerbehörde â∏∏ (LEA) lehnte mit Bescheid vom selben Tag einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung ab und erteilte sodann regelmäÃ∏ig befristete Duldungen, welche jeweils mit dem Eintrag â∏∏Arbeitsaufnahme mit Erlaubnis des Arbeitsamtes erlaubtâ∏∏ versehen waren. Am 8. August 1996 beantragte die Klägerin bei der Ausländerbehörde eine â∏Orientierungsreiseâ∏∏. Mit Bescheid vom 13. Januar 1997 wurde der KIägerin mitgeteilt, dass die Bürgerkriegssituation mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages als beendet angesehen werde. Eine Rückführung sei ab 1. Mai 1997 vorgesehen. Mit ihrem Widerspruch dagegen, der mit Widerspruchsbescheid vom 13. Oktober 1997 zurückgewiesen wurde, beantragte die KIÄxgerin zugleich eine Aufenthaltsbefugnis, weil in Bosnien-Herzegowina für sie als Muslimin mit Ã∏bergriffen zu rechnen sei. Der Antrag wurde mit Bescheid vom 11. Juli 1997 abgelehnt. Wegen einer am 8. Juli 1997 attestierten Risikoschwangerschaft wurde die Duldung zunĤchst für sechs Monate verlĤngert. Weitere Duldungen schlossen sich nach Geburt ihres Kindes I am 17. Januar 1998 an. Am 8. März 1999 teilte das LEA der Klägerin mit, dass eine fiktive Zustimmung Bosnien-Herzegowina zu ihrer Rýcknahme vorliege. Weitere Duldungen für jeweils sechs Monate wurden wegen attestierter ReiseunfĤhigkeit und eines posttraumatischen Belastungssyndroms erteilt. Mit Bescheid vom 16. Januar 2004 lehnte das LEA den Antrag der Klägerin auf Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis vom 5. Juni 2001 ab. Eine am 1. März 2004 endende Duldung wurde aufgrund einer Risikoschwangerschaft der KlĤgerin zunĤchst bis zum 15. Juli 2004 verlĤngert, in der Folgezeit wegen laufender Rücknahmeersuchen auch für Serbien und einer Aktenanforderung der HĤrtefallkommission bis zum 21. MĤrz 2005. Der Asylantrag der Klāzgerin vom 21. AMĀzrzâ 2005 wurde am 2. AFebruarâ 2006 abgelehnt und die Abschiebung zunÄxchst bis 24. April 2006 ausgesetzt und die Duldung anschlieÃ⊓end für 18 Monate verlängert. Seit dem 23. Mai 2006 ist

die Klägerin im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen.

Â

Auf den Antrag der KlĤgerin vom 15. Juli 2015 bewilligte ihr die Beklagte mit Bescheid vom 22. Dezember 2016 Rente wegen voller Erwerbsminderung (EM) vom 1. September 2015 bis 31. August 2018. Die Rentenberechnung erfolgte unter Zugrundelegung einer Berücksichtigungszeit wegen Kindererziehung (BZK) für die Â geborene Tochter E ab 16. November 2007. Am 5. Mai 2017 beantragte die KlA¤gerin die A⊓berprA¼fung ihres Rentenbescheides im Hinblick auf Kindererziehungszeiten (KEZ), weil sie bereits seit 2005 über einen Aufenthaltstitel verfügt habe. Mit Bescheid vom 7. Juni 2017 berechnete die Beklagte die Rente der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin ab 1.\(\tilde{A}\) September\(\tilde{A}\) 2015 neu unter Berücksichtigung einer KEZ vom 23. Mai 2006 bis 30. Juni 2007 und einer am 23. Mai 2006 beginnenden BZK. Dieser Bescheide enthielt den Hinweis, dass erst ab Erteilung der Aufenthaltserlaubnis vom 23. Mai 2006 eine Anerkennung von KEZ und BZK mĶglich sei. Der Bescheid ergehe aufgrund des Widerspruchs vom 5. Mai 2017, dem damit teilweise abgeholfen werde. Mit Bescheid vom 9. Juni 2017 berechnete die Beklagte die Rente der KlĤgerin ab 1. März 2017 wegen eines Beitragszuschusses zur Krankenversicherung neu. In Ergänzung des Bescheides vom 7. Juni 2017 wurde mitgeteilt, dass das ̸berprüfungsverfahren hinsichtlich der KEZ und BZK als erledigt angesehen werde.

Â

Mit ihrem Widerspruch wandte sich die Klā¤gerin gegen die Hã¶he der mit Bescheid vom 9. Juni 2017 bewilligten Rente und gab an, den Bescheid vom 7. Juni 2017 nicht erhalten zu haben. Sie habe Anspruch auf Anerkennung von KEZ fã¼r alle drei Kinder. Den gewã¶hnlichen Aufenthalt habe jemand dort, wo er sich unter Umstã¤nden aufhalte, die erkennen lieã□en, dass er an diesem Ort nicht nur vorã¼bergehend verweile; § 30 Abs. 3 Satz 2 Sozialgesetzbuch â□□ Allgemeiner Teil â□□ (SGB I). Es sei an die objektiv gegebenen tatsã¤chlichen Verhã¤ltnisse anzuknã¼pfen. Deshalb sei nicht auf den aufenthaltsrechtlichen Status, sondern allein auf die tatsã¤chlichen Umstã¤nde des Aufenthaltes abzustellen. Sei die Verweildauer zunã¤chst ungewiss, genã¼ge es, dass ein lã¤ngeres Verweilen in Betracht komme. Der gewã¶hnliche Aufenthalt werde durch einen auf lã¤ngere Dauer berechneten Aufenthalt begrã¼ndet und bleibe vom Anfang bis zum Ende der Aufenthaltsdauer bestehen. Ein Ende des Bosnienkrieges sei zum Zeitpunkt ihrer Einreise nicht absehbar gewesen. Mit Bescheid vom 15. Juni 2018 wurde die Rente fã¼r drei Jahre verlã¤ngert.

Â

Durch Widerspruchsbescheid vom 18. September 2018 wies die Beklagte den Widerspruch gegen den Bescheid vom 9. Juni 2017 zurýck. Als Zeitpunkt der Begrþndung des gewöhnlichen Aufenthaltes gelte grundsätzlich der Tag der Einreise in das Bundesgebiet, wenn seit diesem Zeitpunkt eine materiell-rechtlich

Liege weder

ein zukunftsoffener Aufenthaltstitel noch eine sonstige best \tilde{A} ndige Grundlage f \tilde{A} 1/4r den gew \tilde{A} ¶hnlichen Aufenthalt vor, werde der gew \tilde{A} ¶hnliche Aufenthalt erst mit dem Tag der Erteilung des ersten zukunftsoffenen Aufenthaltstitels begr \tilde{A} 1/4ndet. best \tilde{A} ndige Grundlage f \tilde{A} 1/4r den gew \tilde{A} ¶hnlichen Aufenthalt vorliege.

Â

Im Klageverfahren hat die Klā¤gerin vorgetragen: Wenn die Verweildauer zunā¤chst ungewiss sei, genā¼ge es, dass ein lā¤ngeres Verweilen in Betracht komme. Bei ihrer Einreise sei ein Ende des Bosnienkrieges nicht absehbar gewesen. Darā¼berhinausgehende Voraussetzungen mā¼ssten nicht erfā¼llt sein. Eine Duldung sei ausreichend, wenn nach den erkennbaren Umstā¤nden feststehe, dass der Auslā¤nder wegen der politischen Verhā¤ltnisse in seinem Heimatland auf unabsehbare Zeit nicht abgeschoben werden kā¶nne. In diesem Sinne sei ein gewā¶hnlicher Aufenthalt anzunehmen, wenn voraussichtlich eine Duldung von mehr als sechs Monaten zu erwarten sei.

Â

Das Sozialgericht (SG) Berlin hat die Klage mit Urteil vom 19. November 2019 abgewiesen. Zur Begründung ist ausgeführt: Die Klage sei als Anfechtungs- und allgemeine Leistungsklage zulÄxssig. Gegenstand des Verfahrens sei der Bescheid vom 7. Juni 2017 in der Fassung des Bescheides vom 9. Juni 2017 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 18. Å September Å 2018, mit dem die Beklagte die Rente der KlĤgerin in Form eines Zweitbescheides von Beginn an neu berechnet habe und nicht etwa im Rahmen eines A\(\text{Dberpr}A\)\(^{1}\/_{4}\)fungsverfahrens entschieden habe. Die Klage sei nicht begrå¼ndet. Die Klå¤gerin habe keinen Anspruch auf Neuberechnung ihrer Rente unter Berücksichtigung weiterer KEZ bzw. weiterer BZK. KEZ seien gemäÃ∏ §Â 56 Abs. 1 Sozialgesetzbuch â∏A Gesetzliche RentenversicherungA â∏∏ (SGBA VI) Zeiten der Erziehung eines Kindes in dessen ersten drei Lebensjahren, wenn die Erziehungszeit diesem Elternteil zuzuordnen sei (Nr. 1), die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt sei oder einer solchen gleichstehe (Nr.Ä 2) und der Elternteil nicht von der Anrechnung ausgeschlossen sei (Nr. A 3). Die Erziehung sei der KlĤgerin zuzuordnen und sie sei auch nicht von der Anrechnung ausgeschlossen. Die Erziehung der Kinder sei zwar faktisch im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, erfýlle jedoch nicht die in §Â 56 Abs. 3 SGBÂ VI geforderte Voraussetzung, dass der erziehende Elternteil sich dort mit dem Kind gewĶhnlich aufgehalten habe. Wann ein gewä¶hnlicher Aufenthalt vorliege, werde in §Â 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I definiert. Danach habe jemand den gew öhnlichen Aufenthalt dort, wo er sich unter Umständen aufhalte, die erkennen lieÃ∏en, dass er an diesem Ort und in diesem Gebiet nicht nur vorļbergehend verweile. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) komme es für das Vorliegen eines gewĶhnlichen Aufenthaltes auf eine Wýrdigung der gesamten im Erziehungszeitraum gegebenen UmstĤnde an. Zu diesen UmstĤnden gehĶre ebenfalls der auslĤnderrechtliche Status. Stehe dieser auslĤnderrechtliche Status einem dauerhaften Verbleib entgegen, kA¶nnten die sonstigen tatsA¤chlichen VerhÃxltnisse und der Wille, auf Dauer im Bundesgebiet bleiben zu wollen, für die

Annahme eines gewĶhnlichen Aufenthalts nicht ausschlaggebend sein. Ein nicht nur vorübergehendes Verweilen im Sinne der Gesetzesvorschrift setze voraus, dass die Aufenthaltsposition des AuslAxnders so offen sei, dass sie wie bei einem InlĤnder einen Aufenthalt auf unbestimmte Zeit ermĶgliche. Sei die Position hingegen auf die Beendigung des Aufenthalts im Inland angelegt, stehe dies der Annahme eines gewĶhnlichen Aufenthalts trotz faktisch andauerndem Verbleiben und einem entsprechenden Bleibewillen entgegen; denn der AuslĤnder habe es dann nicht in der Hand, A¼ber die Dauer seines Aufenthalts im Inland frei zu bestimmen. Wie bei allen anderen UmstĤnden, die bei Anwendung des §Â 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I im Rahmen des §Â 56 Abs. 3 Satz 1 SGBÂ VI zu würdigen seien, sei maÃ∏geblich die Aufenthaltsposition des Ausländers, wie sie im Zeitraum der Kindererziehung vorgelegen habe. Es komme dabei entscheidend darauf an, dass die Ma̸nahmen auf Beendigung des Aufenthalts bei Erledigung des Duldungszweckes ausgerichtet seien. Indem sie an einem vorļbergehenden Zweck anknüpften bzw. in der Absicht erfolgten, den Aufenthalt mit Wegfall des Hindernisses zu beenden, sollten sie gerade keinen dauerhaften Aufenthalt ermĶglichen. Die Duldung der KlĤgerin sei, auch wenn bei ihrer Einreise kein Ende des Bürgerkrieges absehbar gewesen sei, jederzeit auf Beendigung ihres Aufenthaltes bei Erledigung des Duldungszweckes ausgerichtet gewesen. Eine Verfestigung des Aufenthalts sei auch nicht bis zum Ablauf einer mĶglichen Zeit der Kindererziehung für den Â 1992 geborenen Sohn A am 28. Februar 1995, dem Ende der Dreijahresfrist, eingetreten. Zwar seien auch zu diesem Zeitpunkt die Verhandlung über das spätere Abkommen von Dayton noch nicht einmal aufgenommen und ein Ende des Krieges nicht absehbar gewesen; eine ̸nderung der Erteilung jeweils befristeter Duldungen sei indes nicht erfolgt. Der auf einen vorübergehenden Aufenthalt gerichtete Wille der Klägerin werde auch durch die noch im Jahr 1996 beantragte Orientierungsreise deutlich, die einen grundsÄxtzlichen RÃ1/4ckkehrwillen manifestiere. FÃ1/4r die weiteren Zeiten der Kindererziehung vom 1. Februar 1998 bis zum 31. Januar 2001 und vom 1. Juli 2004 bis zum 22. Mai 2006 habe erst recht kein Abschiebungshindernis auf unabsehbare Zeit vorgelegen. Denn schon zu Beginn dieses Zeitraumes habe der Beschluss der Konferenz der Innenminister der LA

mander vom 15. Dezember 1995 vorgelegen, mit dem eine gestaffelte Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge eingeleitet werden sollte. Etwas Anderes folge auch nicht daraus, dass der Abschiebung teils rechtliche Hindernisse entgegengestanden hätten, wenn etwa die Einwilligung der Rýcknahmestaaten einzuholen gewesen wÃxre, teils tatsÃxchliche Hindernisse, wie der schlechte Gesundheitszustand der KlĤgerin oder derjenige des Ĥltesten Sohnes. Denn diese Hindernisse hĤtten im zu beurteilenden Zeitraum bis zur Erteilung des zukunftsoffenen Aufenthaltstitels jedenfalls nur ein Abschiebehindernis für den jeweiligen Tatbestand, nicht aber ein Abschiebehindernis auf unabsehbare Zeit wegen eines verfestigen Zustandes begründet. Mangels eines gewöhnlichen Aufenthalts lägen auch keine BZK vor. Denn nach <u>§Â 57 SGBÂ VI</u> sei die Zeit der Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendeten zehnten Lebensjahres nur dann eine Berücksichtigungszeit, wenn die Voraussetzung für die Anrechnung einer KEZ auch in dieser Zeit vorlägen.

Mit ihrer Berufung hat die Klägerin zunächst das klageabweisende Urteil in vollem Umfang angegriffen. Ihr ist mit Bescheid vom 25. Juni 2021 weiterhin Rente wegen voller EM auf Zeit bis 31. August 2024 bewilligt worden. Im Termin zur mù¼ndlichen Verhandlung vor dem Senat am 22. März 2023 haben sich die Beteiligten auf einen Hinweis des Gerichts zur möglicherweise fehlenden Wirksamkeit des Bescheides vom 7. Juni 2017 ù¼ber eine allfällige Neufeststellung der Rente auÃ□erhalb des vorliegenden Verfahrens fù¼r den Zeitraum vom 1. September 2015 bis 28. Februar 2017 verständigt.

Â

Die KlĤgerin trĤgt ergĤnzend vor: Ein gewĶhnlicher Aufenthalt sei seit ihrer Einreise am 18. Februar 1993 anzuerkennen. Für die Zeit bis 1997 ergĤbe sich dies bereits daraus, dass Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien bis zu diesem Zeitpunkt durchgängig geduldet worden seien. Das erste Schreiben, welches auf eine mögliche Aufenthaltsbeendigung hindeute, sei erst im Januar 1997 erstellt worden.

Â

Zum Zeitpunkt danach hÄxtten rechtliche Abschiebehindernisse im Sinne von §Â 55 Abs. 2 Ausländergesetz (AuslG) bestanden, die zu weiteren Kettenduldungen und damit einem weiteren gewĶhnlichen Aufenthalt gefļhrt hÃxtten. Eine Abschiebung wÃxre bereits aus formalen Gründen bis Anfang 2004 nicht möglich gewesen. Alle Schwangerschaften in Deutschland seien Ĥrztlich und amtsĤrztlich bestĤtigte Risikoschwangerschaften gewesen. Aus Gründen ihres Gesundheitszustandes und des Gesundheitszustandes ihres Sohnes Armin sei die Abschiebung ebenfalls nicht in Betracht gekommen. Sie sei aufgrund ihrer Erlebnisse im Bürgerkrieg schwer traumatisiert gewesen. Auch ihr erstes Kind sei seit Dezember 2003 psychiatrisch behandelt worden. Diese Erkrankungen wĶgen umso schwerer, als sie in Bosnien keinen familiĤren Anschluss mehr gehabt hÃxtte. Ihre gesamte Familie lebe in Berlin. Nach Art. 3 Buchst. a) des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen FĶderativen Republik Jugoslawien ýber soziale Sicherheit (DJSVA) stünden Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates den Staatsangehörigen des Vertragsstaates gleich. Damit stehe sie bei der Frage der Anerkennung von KEZ und BZK deutschen StaatsangehĶrigen gleich.

Â

Die KlĤgerin beantragt,

Â

die Beklagte unter $\tilde{\mathbb{A}}$ nderung des Urteils des Sozialgerichts Berlin vom 19. November 2019 sowie unter $\tilde{\mathbb{A}}$ nderung des Bescheides vom 9. Juni 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. September 2018 zu verurteilen, ihr f $\tilde{\mathbb{A}}$ 1/4r die Zeit vom 1. M $\tilde{\mathbb{A}}$ 2017 bis 31. August 2018 h $\tilde{\mathbb{A}}$ 9 here

Erwerbsminderungsrente unter Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten vom 18. Februar 1993 bis 28. Februar 1995, vom 1. Februar 1998 bis 31. Januar 2001 und vom 1. Juli 2004 bis 22. Mai 2006 sowie von Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung vom 18. Februar 1993 bis 22. Mai 2006 zu gewähren.

Die Beklagte und die Beigeladene beantragen,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie verteidigen das angegriffene Urteil.

Sie tragen vor: Die Berücksichtigung von KEZ und BKZ nach §Â§Â 56 und 57 SGB VI setze u.a. voraus, dass die Erziehung des Kindes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt sei oder einer solchen gleichstehe. Die Anrechnung von Erziehungszeiten erfordere daher einen gewöhnlichen Aufenthalt des Erziehenden und des Kindes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts bestimme sich nach §Â 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I. Bei Ausländern sei nicht nur Art und Zweck des Aufenthalts, sondern es seien auch aufenthaltsrechtliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Anerkennung solcher Zeiten komme auch nicht unter Berücksichtigung des DJSVA vom 12. Oktober 1968 in Betracht. Die nach Art. 3 Abs. 3 und 4 Abs. 1 Satz dieses Abkommens zu gewährende Gleichstellung beziehe sich auf Leistungsansprüche. Bei der Anerkennung von KEZ bzw. BZK handele es sich nicht um eine Leistung im Sinne dieser Vorschriften.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die gewechselten SchriftsAxtze nebst Anlagen verwiesen.

Die Gerichtsakten (2 BĤnde) sowie die Rentenakten der Beklagten haben vorgelegen und sind Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

Â

EntscheidungsgrÃ1/4nde

Die zulĤssige Berufung der KlĤgerin ist in dem noch zur Prüfung stehenden Umfang begründet.

Streitgegenstand des vorliegenden Verfahrens ist neben dem angegriffenen Urteil (nur) der Bescheid vom 9. Juni 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 18. September 2018, soweit die Bewilligung einer höheren Rente unter Berücksichtigung weiterer KEZ und BZK für die Zeit vom 1. März 2017 bis 31. August 2018 abgelehnt worden ist. Der nach Angaben der Klägerin nicht bekanntgegebene Bescheid vom 7. Juni 2017 ist ebenso wie die Bescheide der Beklagten vom 15. Juni 2018 und vom 25. Juni 2021 nicht Gegenstand des Verfahrens. Die während des Widerspruchsverfahrens bzw. während des Berufungsverfahrens ergangenen Bescheide vom 15. Juni 2018 und vom

25. Juni 2021, mit denen die befristet erteilte Rente weitergewährt worden war, sind mangels einer verlautbarten Neufeststellung der Rente für die hier noch streitbefangene Zeit vor dem 31. August 2018 nicht nach 86, 96, 153 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG) Gegenstand des Verfahrens geworden.

Â

Die Klåxgerin hat få¼r die streitbefangene Zeit gegen die få¼r ihr Rentenbewilligungsverfahren zuståxndige Beklagte einen Anspruch auf hå¶here Rente, weil zu ihren Gunsten unter Berå¼cksichtigung der <u>å§å§å 56 Abs.å 1 Satzå 2, 57 Satzå 1 SGBå V</u> i.V.m. Art.å 3 Buchst.å a), 4 Abs.å 1 DJSVA weitere KEZ und BZK im tenorierten Umfang anzurechnen sind. Eine die Zuståxndigkeit der Beklagten verdråxngende Zuståxndigkeit der Beigeladenen nach Art.å 34 Abs.å 2 DJSVA vom 12.å Juliå 1968 (BGBI II 1969, S. 1438) i.V.m. Art.å 5 Satzå 1 der Vereinbarung zur Durchfå¼hrung des DJSVA vom 9.å Novemberå 1969 (BGBI. II 1973 S. 711) liegt nicht vor, denn weder håxlt sich die Klåxgerin im auslåxndischen Vertragsgebiet auf noch kommt eine Berå¼cksichtigung nichtdeutscher rentenrechtlicher Zeiten oder von Zeiten, få¼r die die Rechtsvorschriften å¼ber Fremdrenten anwendbar sind, in Betracht.

Nach <u>§Â 56 Abs. 1 Satz 2 SGB VI</u> wird für einen Elternteil eine KEZ angerechnet, wenn (1.) die Erziehungszeit diesem Elternteil zuzuordnen ist, (2.) die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist oder einer solchen gleichsteht und (3.) der Elternteil nicht von der Anrechnung ausgeschlossen ist. Die Erziehungszeit für die Kinder der Klägerin ist dieser zuzuordnen, weil sie diese allein oder zumindest überwiegend erzogen hat und die KEZ auch nicht anderweitig zugeordnet wurde (vgl. <u>§Â 56 Abs. 2 SGB VI</u>). Die Klägerin ist auch nicht von der Anrechnung ausgeschlossen, da kein Ausschlusstatbestand vorliegt (vgl. <u>§Â 56 Abs. 4 SGBÂ VI</u>).

Â

Entgegen der Auffassung des SG liegt auch die Voraussetzung der Nr. 3 des §Â 56 Abs. 1 Satz 2 SGB VI vor. Nach der Legaldefinition des §Â 56 Abs. 3 Satz 1 SGB VI ist eine Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, wenn der erziehende Elternteil sich mit dem Kind dort gewĶhnlich aufgehalten hat. Das SG hat zwar mit zutreffender Begründung festgestellt, dass die Klägerin in dem hier maÃ□geblichen Zeitraum ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Bundesgebiet hatte, weil sie vor dem 23. Mai 2006 nicht über einen â□□zukunftsoffenen Aufenthaltstitelâ□□ verfügte. Es bestehen auch keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür, dass die Erziehung der Kinder der Klägerin einer Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach §Â 56 Abs. 3 Sätze 2 und 3 SGB VI gleichsteht, denn die Klägerin hat sich während der hier relevanten Erziehungszeiten nicht im Ausland aufgehalten.

Indes kann die Klägerin die Anrechnung der geltend gemachten KEZ unter Berücksichtigung der vorrangigen Vorschriften des DJSVA, welches im Verhältnis von Bosnien-Herzegowina zu Deutschland weiter anzuwenden ist (vgl. BSG, Urteil

vom 12. April 2000 â□□ B 14 KG 3/99 R -, juris Rn. 14; Bayerisches Landessozialgericht , Urteil vom 9. März 2022 â□□ L 6 R 75/21 -), beanspruchen. Nach Art. 4 Abs. 1 dieses Abkommens gelten die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, nach denen die Entstehung von Ansprù¼chen auf Leistungen oder die Gewährung von Leistungen oder Zahlung von Geldleistungen vom Inlandsaufenthalt abhängen, ua nicht fù¼r die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates. Diese stehen vielmehr nach Art. 3 Abs. 1 Buchst a) DJSVA bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats grundsätzlich dessen Staatsangehörigen gleich, wenn sie sich gewöhnlich im Gebiet eines Vertragsstaats aufhalten (vgl. zum Deutsch-israelischen Abkommen ù¼ber Soziale Sicherheit â□□ DISVA -: BSG, Urteil vom 15. November 1988 â□□ 4/11a RA 58/87 -, juris Rn. 15 und zum Deutsch-amerikanischen Abkommen ù¼ber Soziale Sicherheit â□□ DASVA -: BSG, Urteil vom 12. Juli 1988 â□□ 4/11a RA 36/87 -, juris

Rn. 14). Das BSG hat in dem Kindergeldansprüche bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge betreffenden Urteil vom 12. April 2000 klargestellt, dass die Forderung des Art. A 3 Abs. A 1 DJSVA nach einem gew A¶hnlichen Aufenthalt in einem der Vertragsstaaten (vgl. BSG, Urteil vom 12. April 2000 â□□ B 14 KG 3/99 R -. juris Rn. 19) lediglich der Abgrenzung des uneingeschrĤnkt berechtigten Personenkreises zu solchen Personen diene, die sich auA∏erhalb der Gebiete beider Vertragsstaaten gewĶhnlich aufhalten (Art. 3 Abs. 2). Das DJSVA gehe ersichtlich davon aus, dass jedermann einen gewä¶hnlichen Aufenthalt habe, Kommen â∏∏ wie hier â∏∏ nur die Vertragsstaaten in Betracht, so folge daraus die uneingeschrĤnkte Gleichstellung nach Art. A 3 Abs. A 1 DJSVA (vgl. BSG a.a.O.). Der Senat folgt dieser h\(\tilde{A}\)\(\text{¶chstrichterlichen Rechtsprechung nach eigener Prüfung. Dementsprechend bewirkt Art. 3 Abs. 1 Buchst. a) iVm mit Art. 4 Abs. 1 Satz 1 DJSVA, dass abweichend vom Erfordernis des â∏gewöhnlichen Aufenthalts im Gebiet der Bundesrepublik Deutschlandâ∏∏ für die Anrechnung von KEZ der tatsÃxchliche Aufenthalt in Deutschland oder in Bosnien-Herzegowina genügt. Die Klägerin hat sich während der hier streitigen Vertragsstaaten aufgehalten. Mit dem Wegfall des Erfordernisses des â∏gewöhnlichen Aufenthaltsâ∏ ist allerdings nicht zugleich ein Dispens vom Erfordernis einer â∏Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschlandâ∏∏ iSd §Â 56 Abs. 1 Nr. 2 Alt. 1 SGBÂ VI verbunden. Das BSG hat in den bereits angeführten Entscheidungen zum DISVA bzw. DASVA ausgeführt, dass â∏ obwohl der gemeinsame gewöhnliche Aufenthalt von Eltern und Kindern im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei im Regelfall untrennbar mit der Erziehung der Kinder durch die Eltern verknüpft sei â∏ die Gebietsgleichstellung nur den â∏Aufenthaltâ∏ im Gebiet der anderen Vertragspartei, nicht die dort erfolgende Erziehung erfasse (vgl. BSG, Urteile 15. November 1988, a.a.O. Rn. 15 und vom 12. Juli 1988, a.a.O. Rn. 14). Unter â∏Aufenthaltâ∏ sei nach der gewĶhnlichen, auch den Sozialversicherungsabkommen zugrundeliegenden Bedeutung ausschlie̸lich der für die zulässige Ausübung von Staatsgewalt bedeutsame tatsÃxchliche Umstand zu verstehen, dass sich eine Person im Hoheitsgebiet eines Staates befinde. Eine weitergehende, die Kindererziehung im

Aufenthaltsgebiet erfassende Bedeutung hÄxtten die Parteien nicht vereinbart. In diesem Sinne sind auch die im Wesentlichen gleichlautenden Bestimmungen des DJSVA in der von der Beklagten angefļhrte Entscheidung des BayLSG vom 9. März 2022 â∏QÂ LÂ 6Â RÂ 75/21Â â∏ und im Beschluss des BSG vom 25. August 2022 â∏∏ <u>BÂ 5Â RÂ 83/22Â B</u>Â â∏∏, mit dem die Nichtzulassungsbeschwerde gegen diese Entscheidung verworfen wurde, ausgelegt worden. Den angefļhrten Entscheidungen des BSG lagen jeweils Konstellationen zugrunde, in denen erfolglos KEZ für Erziehungstatbestände im (Vertrags-)Ausland gelten gemacht wurden. Im Unterschied hierzu hat die KlĤgerin sich mit ihren Kindern in den hier zu beurteilenden ZeitrĤumen jedoch im Inland aufgehalten und sich in Deutschland der Erziehung ihrer Kinder gewidmet. Damit liegt eine Erziehung iSv <u>§Â 56 Abs. 1 Nr. 2 Alt. 1 SGBÂ VI</u> vor. Der Begriff der â∏Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschlandâ∏ ist auch nicht einschrÄxnkend dahingehend auszulegen, dass sie nur von solchen Personen geleistet werden kann, die zu einer ErwerbstÄxtigkeit im Inland berechtigt sind oder eine solche Berechtigung wenigstens erlangen können, was im Ã∏brigen bei der KlĤgerin aufgrund der Nebenbestimmungen zu den erteilten Duldungen regelmäÃ∏ig der Fall war. Zwar ging der Gesetzgeber bei der gesetzlichen Einführung von KEZ von der Vorstellung aus, dass der mit der Kindererziehung bewirkte Beitrag zur Aufrechterhaltung der als Generationenvertrag ausgestalteten Rentenversicherung honoriert und damit die mit der Kindererziehung typischerweise einhergehende EinschrÄxnkung beim Erwerb eigener Rentenansprüche kompensiert werden sollte (vgl. dazu eingehend BSG, Urteil vom 21. Oktober 2021 $\hat{a} \square \square \hat{A}$ $\underline{B} \hat{A}$ $\underline{5} \hat{A}$ $\underline{R} \hat{A}$ $\underline{28/21} \hat{A}$ $\underline{R} \hat{A}$ $\hat{a} \square \square$, juris Rn. 18). Er hat â∏ wie aus dem einen solchen Zusammenhang nicht erwähnenden Wortlaut der Vorschrift ersichtlich ist â∏ gleichwohl keinen Anlass dafür gesehen, den Kreis der Berechtigten durch die Aufnahme eines an die rechtliche oder tatsÄxchliche ErwerbsfĤhigkeit des erziehenden Elternteils anknĽpfenden Ausschlusstatbestands einzuengen.

Â

Neben dem Anspruch auf Berücksichtigung weiterer KEZ steht der Klägerin gemäÃ∏ <u>§Â 57 Satz 1 SGB VI</u> ein Anspruch auf weitere BZK im tenorierten Umfang zu, denn in diesen Zeiten waren die Voraussetzungen für die Anrechnung einer KEZ weiterhin gegeben.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 193 SGG</u>. Es entspricht billigem Ermessen, der Beigeladenen, die im Berufungsverfahren die Zurückweisung der Berufung beantragt hat, die auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Klägerin im zweitinstanzlichen Verfahren zur Hälfte aufzuerlegen.

Â

Gründe für eine Zulassung der Revision gemÃxÃ \square §Â 160 Abs. 2 Nrn. 1 oder 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 19.06.2023

Zuletzt verändert am: 22.12.2024